

EMMANOUIL MAVRANTONAKIS

Das Verbot
der *révision au fond*
im internationalen
Handelsschiedsverfahren

Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht

Mohr Siebeck

Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht

Band 177

herausgegeben von

Rolf Stürner



Emmanouil Mavrantoukakis

Das Verbot der *révision au fond* im internationalen Handelsschiedsverfahren

Zur Bindung des staatlichen Gerichts
an die schiedsgerichtlichen Sachverhaltsfeststellungen
und zu den erforderlichen Ausnahmen

Mohr Siebeck

Emmanouil Mavrantonakis, geboren 1991; Studium der Rechtswissenschaft an der Demokrit-Universität Thrakien; 2016 LL.M., Universität Heidelberg; 2020 Promotion (Heidelberg); seit 2017 in Griechenland zugelassener Rechtsanwalt.
orcid.org/0000-0001-5146-9464

Gedruckt mit Unterstützung der

**ONASSIS
FOUNDATION**

Zugl.: Heidelberg, Univ., Diss. iur., 2020

ISBN 978-3-16-160042-5 / eISBN 978-3-16-160084-5

DOI 10.1628/978-3-16-160084-5

ISSN 0722-7574 / eISSN 2568-7255 (Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2021 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Laupp & Göbel in Gomaringen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Für Alkistis

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2019/2020 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der *Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg* als Dissertation angenommen. Das Manuskript wurde im Sommer 2020 fertig gestellt. Für die Drucklegung wurden Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur auf den Stand von November 2020 gebracht.

Zuallererst gilt mein ganz herzlicher Dank meinem hochverehrten Doktorvater, *Herrn Prof. Dr. Christoph A. Kern, LL.M. (Harvard)*. Ohne seine ständige Unterstützung hätte sich dieses Dissertationsvorhaben nicht realisieren lassen. Von Anfang an stand er mir mit großem Engagement und wissenschaftlichem Interesse bei allen Herausforderungen zur Seite. Eine bessere Betreuung könnte man sich nicht wünschen. Hierfür bin ich ihm zutiefst dankbar.

Weiterhin möchte ich *Herrn Prof. Dr. Andreas Piekenbrock* ganz herzlich für die Übernahme und die rasche Erstellung des Zweitgutachtens danken. *Herrn Professor Dr. Dr. h.c. Thomas Pfeiffer* danke ich für die Übernahme des Prüfungsvorsitzes bei der Disputation. *Herrn Prof. Dr. Dres. h.c. Rolf Stürner* bin ich für die Aufnahme in die Schriftenreihe der Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht, die mir eine große Freude bereitet hat, dankbar.

Entstanden ist die Arbeit im *Institut für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht der Universität Heidelberg*, von dessen Sammlung wertvoller Werke und dessen inspirierender Atmosphäre ich profitieren durfte. Allen Mitarbeitern dieses Instituts, die mich in dieser Zeit so wohlwollend unterstützt haben, danke ich sehr.

Zu rechtsvergleichenden Zwecken durfte ich am *Max Planck Institute for International, European and Regulatory Procedural Law* in Luxemburg einen Forschungsaufenthalt durchführen, der durch ein MPI-Stipendium gefördert wurde. Hierfür danke ich stellvertretend den beiden Direktoren des Instituts, *Herrn Prof. Dr. Dres. h.c. Burkhard Hess* und *Frau Prof. Dr. Hélène Ruiz Fabri*, in besonderem Maße.

Herzlich gedankt sei auch der *Onassis-Stipendienstiftung*, die mein Promotionsstudium sowie meinen Aufenthalt in Heidelberg durch ein Promotionsstipendium finanziert hat. Des Weiteren möchte ich der Stiftung für die Gewährung eines großzügigen Zuschusses zum Druck dieser Arbeit danken.

Mein herzlicher Dank gilt weiterhin *Herrn Prof. Dr. em. Constantin Calavros*, der bereits im Laufe meines juristischen Studiums an der *Demokrit-Universität Thrakien* in Komotini mein wissenschaftliches Interesse am Zivilprozessrecht geweckt und mich ermutigt hat, mein Studium in Deutschland weiterzuführen. Zutiefst dankbar bin ich *Herrn Prof. Dr. em. Athanassios Kaisis*, der stets bereit war, mich mit seinem wertvollen Rat sowie seinem klaren Blick in die Materie des Schiedsverfahrensrechts in langen und fruchtbaren Fachgesprächen zu bereichern. Nicht zuletzt danke ich meinem akademischen Lehrer und Mentor, *Herrn Prof. Dr. Dimitrios Babiniotis*, der mich für das Zivilprozessrecht begeistert und seit dem Anfang meines juristischen Studiums gefördert hat.

Meinen Eltern, *Christina Ntintaki* und *Konstantinos Mavrantonakis*, sowie meinen Schwiegereltern, *Maria Megouli* und *Meletios Pogkas*, danke ich für ihre Liebe und Förderung von ganzem Herzen.

Frau Prof. Dr. Athina Sachoulidou und *Herrn Dr. Alexander Urhahn* möchte ich für ihren Rat und die fruchtbaren wissenschaftlichen Gespräche ganz herzlich danken. Ein besonderer Dank geht zudem an *Frau Katerina Spyridaki* für ihre Gastfreundschaft in Luxemburg und ihre außergewöhnliche Großzügigkeit.

Mein tiefster und größter Dank gebührt meiner Ehefrau, *Alkistis Pogka*, für ihre ständige liebevolle Zuwendung und Ermunterung während der Entstehung dieser Arbeit.

Heidelberg, im November 2020

Emmanouil Mavrantonakis

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	VII
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Erster Teil: Einleitung	1
§ 1 Einführung in den Forschungsgegenstand	1
§ 2 Gang der Untersuchung.....	4
Zweiter Teil: Das Verbot der <i>révision au fond</i>	6
§ 3 Keine Sachprüfung von Schiedssprüchen.....	7
A. <i>Révision au fond</i> : Die Sachkontrolle einer Entscheidung	8
B. Anwendung der <i>révision au fond</i> auf die Kontrolle von Schiedssprüchen	32
C. Ergebnis zu § 3	60
§ 4 Das Verbot der <i>révision au fond</i> im deutschen Recht	66
A. Rechtsquellen der staatlichen Kontrolle	66
B. Aufhebungs- und Versagungsgründe:	71
C. Ergebnis zu § 4	75
§ 5 Fazit zum zweiten Teil	76

Dritter Teil: Erforderliche Ausnahmen vom Verbot der <i>révision au fond</i>	77
§ 6 Die Unzuständigkeit des Schiedsgerichts	79
A. Das Fehlen einer gültigen Schiedsvereinbarung.....	79
B. Die Schiedsunfähigkeit des Streitgegenstands.....	85
C. Kompetenzüberschreitung des Schiedsgerichts	91
D. Ergebnis zu § 6.....	97
§ 7 Die das schiedsrichterliche Verfahren betreffenden Gründe	97
A. Verletzung des rechtlichen Gehörs.....	98
B. Fehler bei der Schiedsgerichtsbildung oder im Schiedsverfahren	109
C. Ergebnis zu § 7	120
§ 8 Fehlende Verbindlichkeit des Schiedsspruchs im Ausland	122
A. Darstellung des Versagungsgrunds	122
B. Erfordernis einer <i>révision au fond</i> ?	123
C. Eigener Ansatz.....	126
D. Ergebnis zu § 8.....	136
§ 9 Der Verstoß gegen den <i>ordre public</i>	137
A. Annäherung an den Begriff <i>ordre public</i>	138
B. Der prozessuale <i>ordre public</i>	154
C. Der materielle <i>ordre public</i>	187
D. Ergebnis zu § 9.....	295
§ 10 Fazit zum dritten Teil.....	296
 Vierter Teil: Zusammenfassung in Thesen.....	 298
 Rechtsprechungsverzeichnis.....	 305
Literaturverzeichnis.....	323
Sachverzeichnis.....	361

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Erster Teil: Einleitung	1
§ 1 Einführung in den Forschungsgegenstand	1
§ 2 Gang der Untersuchung.....	4
Zweiter Teil: Das Verbot der <i>révision au fond</i>	6
§ 3 Keine Sachprüfung von Schiedssprüchen.....	7
A. <i>Révision au fond</i> : Die Sachkontrolle einer Entscheidung	8
I. Die Bedeutung des Begriffs <i>révision au fond</i>	8
II. Die Entstehung des Begriffs <i>révision au fond</i>	13
III. Kontrollgegenstand der <i>révision au fond</i>	21
1. Der Syllogismus: Drei Schritte zur Entscheidungsfindung	21
a) Der Obersatz: Auffinden des anzuwendenden Rechts	22
b) Der Untersatz: Sachverhaltsermittlung	23
c) Das Ergebnis des Syllogismus	26
2. Die Sachverhaltsermittlung als Kontrollgegenstand der <i>révision au fond</i>	27
IV. Zusammenfassung	31
B. Anwendung der <i>révision au fond</i> auf die Kontrolle von Schiedssprüchen	32
I. Die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit	32
1. Internationales Handelsschiedsverfahren und ordentliche Gerichtsbarkeit	33
2. Gründe für die Auswahl der Schiedsgerichtsbarkeit	41

a) Evergreen: Ewig angenommene Vorteile des Schiedsverfahrens	41
b) Greifbare Fakten	47
II. Erforderliche staatliche Kontrolle von Schiedssprüchen	49
1. Zeitpunkt und Gegenstand der Kontrolle	49
2. Ziel der Kontrolle	51
3. Die Arten der staatlichen Kontrollverfahren	52
a) Das Aufhebungsverfahren	52
b) Das Anerkennungs- und Vollstreckbarerklärungsverfahren	54
c) Drei Verfahren mit scheinbar entgegengesetzten Zielsetzungen	57
III. Zusammenfassung	58
C. Ergebnis zu § 3	60
I. Bedeutung des Verbots der <i>révision au fond</i>	60
II. Folgen einer Missachtung des Verbots der <i>révision au fond</i>	64
III. Zusammenfassung	65
 § 4 Das Verbot der <i>révision au fond</i> im deutschen Recht	66
A. Rechtsquellen der staatlichen Kontrolle	66
B. Aufhebungs- und Versagungsgründe:	71
I. Grundlegende Merkmale	71
II. Überblick über die Aufhebungs- und Versagungsgründe	72
III. Zusammenfassung	75
C. Ergebnis zu § 4	75
 § 5 Fazit zum zweiten Teil	76
 Dritter Teil: Erforderliche Ausnahmen vom Verbot der <i>révision au fond</i>	77
§ 6 Die Unzuständigkeit des Schiedsgerichts	79
A. Das Fehlen einer gültigen Schiedsvereinbarung	79
I. Darstellung des Grundes	80
II. Erfordernis einer <i>révision au fond</i> ?	83
B. Die Schiedsunfähigkeit des Streitgegenstands	85
I. Darstellung des Grundes	86
II. Erfordernis einer <i>révision au fond</i> ?	88
1. Überprüfung des Gegenstands des Schiedsverfahrens	88
2. <i>Révision au fond</i> nur der Rechtsfeststellungen des Schiedsgerichts	89

C. Kompetenzüberschreitung des Schiedsgerichts	91
I. Darstellung des Grundes: Die Beurteilung einer Streitigkeit	92
II. Erfordernis einer <i>révision au fond</i> ?	95
D. Ergebnis zu § 6	97
§ 7 Die das schiedsrichterliche Verfahren betreffenden Gründe	97
A. Verletzung des rechtlichen Gehörs	98
I. Darstellung des Grundes	100
1. Nicht ordnungsgemäße Benachrichtigung	100
2. Hinderung beim Vorbringen von Angriffs- und Verteidigungs- mitteln	101
II. Erfordernis einer <i>révision au fond</i> ?	102
1. Berücksichtigung jedes einzelnen Angriffs- und Verteidi- gungsmittels	103
2. Die Kausalität des Verfahrensfehlers	104
3. Weshalb eine <i>révision au fond</i> erforderlich ist	105
a) Erste Kontrollebene: Untersuchung der behaupteten Gehörsverletzung	105
b) Zweite Kontrollebene: Kausalitätsprüfung	106
III. Eigener Ansatz	107
B. Fehler bei der Schiedsgerichtsbildung oder im Schiedsverfahren	109
I. Darstellung des Grundes	109
1. Fehler bei der Konstituierung des Schiedsgerichts	109
2. Fehler im schiedsrichterlichen Verfahren	111
II. Erfordernis einer <i>révision au fond</i> ?	113
1. Kausaler und nicht präkludierter Verfahrensfehler	114
2. Durchführung der staatlichen Kontrolle auf zwei Ebenen	116
a) Erster Schritt: Untersuchung des behaupteten Verfahrens- fehlers	116
b) Zweiter Schritt: Prüfung der Kausalität des begangenen Verfahrensfehlers	117
III. Eigener Ansatz	118
C. Ergebnis zu § 7	120
§ 8 Fehlende Verbindlichkeit des Schiedsspruchs im Ausland	122
A. Darstellung des Versagungsgrunds	122
B. Erfordernis einer <i>révision au fond</i> ?	123
C. Eigener Ansatz	126
I. Ermessensspielraum in Art. V Abs. 1 lit. e UNÜ?	126
II. Aufhebung ausländischen Schiedsspruchs wegen sachlicher Unrichtigkeit	131

III. Einschätzung der Auswirkung des Parteiwillens.....	135
D. Ergebnis zu § 8.....	136
 § 9 Der Verstoß gegen den <i>ordre public</i>	137
A. Annäherung an den Begriff <i>ordre public</i>	138
I. Der <i>ordre public</i> in der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit.....	138
1. Einblick in den <i>ordre public</i> im Licht von UNÜ und UNCITRAL-MG.....	139
2. Der <i>ordre public</i> international.....	140
3. Die Unbestimmtheit des <i>ordre public</i> als Unsicherheitsfaktor.....	144
II. Der deutsche Blickwinkel.....	144
1. Die Regelung des <i>ordre public</i> -Verstoßes im deutschen Recht.....	145
a) Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Schiedssprüche.....	145
b) Aufhebung und Vollstreckbarerklärung inländischer Schiedssprüche.....	146
aa) Der-Begriff öffentliche Ordnung in § 1059 Abs. 2 Nr. 2 lit. b ZPO.....	146
bb) Umfang des nationalen <i>ordre public</i> in § 1059 ZPO.....	147
cc) „Geringfügig großzügiger“ internationaler <i>ordre public</i> ?.....	149
(1) Zweifelhafte „Großzügigkeit“.....	149
(2) Einheitliche <i>ordre public</i> -Kontrolle unabhängig vom Schiedsort.....	150
c) Gleicher Umfang von nationalem und internationalem <i>ordre public</i>	152
2. Maßstab: Die Offensichtlichkeit des <i>ordre public</i> -Verstoßes.....	152
III. Zusammenfassung:.....	153
B. Der prozessuale <i>ordre public</i>	154
I. Darstellung des Aufhebungs- und Versagungsgrunds.....	155
1. Der prozessuale <i>ordre public</i> in der deutschen Rechtsprechung.....	156
2. Prozessualenr <i>ordre public</i> -Verstoß und die anderen Gründe.....	158
a) Die Fragestellung.....	158
b) Meinungsstreit.....	159
aa) Erste Ansicht: Kontrolle prozessualen <i>ordre public</i> stets von Amts wegen.....	159
bb) Zweite Ansicht: Subsidiarität des prozessualen <i>ordre public</i> -Vorbehalts.....	160
(1) Erstes Argument.....	161
(2) Zweites Argument.....	162
II. Erfordernis einer <i>révision au fond</i> ?.....	164

1. Der Prozessbetrug als Verfahrensmangel.....	164
2. <i>Révision au fond</i> : Mittel zur Entlarvung eines kausalen Prozessbetrugs.....	166
a) Erste Kontrollebene: Nachweis eines betrügerischen Prozessverhaltens.....	166
b) Zweite Kontrollebene: Kausalität des betrügerischen Prozessverhaltens.....	168
c) Dritte Kontrollebene: Der Faktor Zeit.....	169
III. Die Behandlung des Prozessbetrugs durch die deutsche Rechtsprechung.....	171
1. Der Prozessbetrug als Aufhebungsgrund.....	171
a) Voraussetzungen der Aufhebung wegen Prozessbetrugs.....	172
aa) Erste Voraussetzung: Nachweis betrügerischen Prozessverhaltens.....	172
bb) Zweite Voraussetzung: Kausalität des Prozessbetrugs nach § 580 ZPO.....	174
cc) Dritte Voraussetzung: Gerechtfertigt verzögerte Rüge des Prozessbetrugs.....	175
b) § 826 BGB als Alternative zur Aufhebung?.....	177
2. Prozessbetrug: Anerkennungs- und Vollstreckbarerklärungs- hindernis.....	180
IV. Eigener Ansatz.....	181
C. Der materielle <i>ordre public</i>	187
I. Einblick in den Grund: Der Begriff des materiellen <i>ordre public</i>	187
II. Erfordernis einer <i>révision au fond</i> ?.....	189
1. Materieller <i>ordre public</i> -Verstoß und die anderen Gründe.....	189
2. Unterschiedliche Behandlung von Rechts- und Sachverhaltsfeststellungen.....	191
a) Bedeutung der Rechtsfeststellungen des Schiedsgerichts.....	192
b) Bedeutung der Sachverhaltsfeststellungen des Schiedsgerichts.....	196
III. ILA, internationale Rechtsprechung und deutsches Schrifttum.....	199
1. Der ILA-Abschlussbericht.....	199
2. Behandlung der Problematik durch die internationale Rechtsprechung.....	201
a) Deutschland.....	201
aa) Erste Periode: Bindungswirkung der Sachverhaltsfeststellungen.....	201
bb) Zweite Periode: Keine Bindungswirkung der Sachverhaltsfeststellungen.....	204
cc) Dritte Periode: Uneinheitlichkeit der Rechtsprechung.....	206
dd) Zusammenfassende Betrachtung der drei Perioden.....	210

b) Ausgewählte Rechtsordnungen	212
aa) Die Schweiz.....	212
bb) Die U.S.A.....	218
cc) England.....	222
dd) Frankreich	230
(1) Erste Periode (1981 – 2004): Keine einheitliche Rechtsprechung	232
(2) Zweite Periode (2004 – 2012): Bindung an die Sachverhaltsfeststellungen	236
(3) Dritte Periode (2012 – 2014): Eine Übergangsphase	240
(4) Vierte Periode (2014 – heute): Keine Bindung an die Sachverhaltsfeststellungen	242
(5) Zusammenfassende Betrachtung der vier Perioden.....	244
ee) Griechenland.....	245
c) Tendenz: Bindung an die Sachverhaltsfeststellungen des Schiedsgerichts	251
3. Behandlung der Problematik durch das deutsche Schrifttum.....	252
a) Die Kritik an der Bindung an die Sachverhalts- feststellungen.....	252
aa) Die Bindung würde die Kontrolle uneffektiv machen	253
bb) Ungerechtfertigte Angst vor einer Wiederaufrollung der Streitsache	255
cc) Zweifel an der Eignung der Schiedsrichter zur richtigen Streitbeilegung.....	256
dd) Die Bindung sei nicht gesetzlich vorgesehen	256
b) Die Befürwortung der Bindung an die Sachverhalts- feststellungen	257
aa) Die Sachverhaltsfeststellung sei Aufgabe der Schiedsrichter	257
bb) Eine Ausnutzung des Kontrollverfahrens sei nicht auszuschließen.....	258
cc) Eine Sachprüfung mache die Vorteile des Schieds- verfahrens zunichte.....	260
dd) Ungeeignetheit der staatlichen Kontrolle für die Sachbeurteilung	261
ee) Unterschiedliche Behandlung ausländischer Urteile und Schiedssprüche	262
ff) Verbindlichkeit verfahrensrechtlich fehlerfreier Sachverhaltsfeststellungen	263
c) Bemerkung.....	266
IV. Eigener Ansatz	266
1. Unter welchen Umständen stellt sich die Frage nach der Bindung?	267

a) Erfüllung aller prozessualen Voraussetzungen	267
aa) Keine prozessualen Aufhebungs- oder Versagungs- gründe sind gegeben	267
bb) Die Begründung des Schiedsspruchs als Schlüsselfaktor	270
b) Eine <i>révision au fond</i> kommt nur im Fall neuen Vorbringens in Betracht	273
aa) Nachträglich behauptete und nachträglich entstandene Tatsachen.....	275
bb) Exkurs: Befugnis des Schiedsgerichts zur Sachverhaltsermittlung	277
2. Konflikt zweier <i>ordre public</i> -Interessen: Dilemma zwischen materieller <i>ordre public</i> -Konformität und Rechtsfrieden.....	279
3. Die Lösung des Interessenkonflikts	282
a) Vergleichende Einschätzung der Argumente für und gegen die Bindung	282
aa) Rechtskraft des Schiedsspruchs: Irrelevant bei der Frage der Bindung	282
bb) Eignung der Schieds- und Staatsrichter zur Sachverhaltsermittlung	284
cc) Erneute Sachverhaltsermittlung: Unbegründet kritisiert?	285
(1) Beeinträchtigung des Rechtsfriedens.....	285
(2) Ungleiche Behandlung von Schiedssprüchen und ausländischen Urteilen	287
(3) Risiko: Die Ausnutzung des Kontrollverfahrens.....	289
(4) Enttäuschung der Erwartungen der Schiedsparteien	290
b) Lösung des Interessenkonflikts: Das vorzuziehende Kriterium	292
aa) Gleichwertigkeit aller <i>ordre public</i> -Interessen	293
bb) <i>Ordre public</i> -Verstoß: Statt Gewissheit ist die Möglichkeit hinzunehmen.....	294
c) Ergebnis: Bindende schiedsgerichtliche Sachverhaltsfeststellungen	295
D. Ergebnis zu § 9	295
 § 10 Fazit zum dritten Teil.....	296
 Vierter Teil: Zusammenfassung in Thesen.....	298

Rechtsprechungsverzeichnis.....	305
Literaturverzeichnis.....	323
Sachverzeichnis.....	361

Abkürzungsverzeichnis

A.	Anhang
a.A.	anderer Auffassung
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AE	Anonimi Eteria [Aktiengesellschaft]
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alter Fassung
AG	Aktiengesellschaft; Amtsgericht
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AIAJ	Asian International Arbitration Journal
AK	Astikos Kodikas [Bürgerliches Gesetzbuch]
All ER	All England Law Reports
All ER (Comm)	All England Law Reports (Commercial Cases)
Alt.	Alternative
Am. J. Comp. L.	American Journal of Comparative Law
Am. Rev. Int'l Arb.	American Review of International Arbitration
AP	Areopag
AP(Pl.)	Areopag in Plenum
Apr	April
Arb. Int'l	Arbitration International
ASA	Association suisse de l'arbitrage
ASA Bull.	Bulletin de l'Association suisse de l'arbitrage
Art.	Article; Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
AYIA	Austrian Yearbook on International Arbitration
AZR	Aktenzeichen für Revisionsverfahren
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebs-Berater
BB-AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters
BB-Beil.	Betriebs-Berater Beilage
B.C.L. Rev.	Boston College Law Review
Bd.	Band
Beil.	Beilage
BGG	Bundesgesetz über das Bundesgericht (Schweiz)
Beck-RS	Beck-Rechtsprechung
BeckOK	Beck'scher Online Kommentar
BerGath	Berufungsgericht Athen
Beschl.	Beschluss

BAG	Bundesarbeitsgericht
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGE	Bundesgericht (Schweiz)
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
Bing	Bingham's Common Pleas Reports
BJIL	Brooklyn Journal of International Law
bspw.	beispielsweise
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999; besloten vennootschap met beperkte aansprakelijkheid [GmbH]
Bull. Civ.	Bulletin des arrêts des chambres civiles
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
c.	contre
Cah. Arb.	Les Cahiers de l'arbitrage
CA Paris	Cour d'appel de Paris
CA Versailles	Cour d'appel de Versailles
CC	Code civil, 1804; Code Napoléon
C. cass.	Cour de cassation
C. C. P.	Court of Common Pleas
Ch	Chancery Division (EWHC)
Ch. civ.	Chambre civile
Ch. Div.	Chancery Division
Chr.	Chronique
Ch. réunies	Chambres réunies
ChrID	Chronika Idiotikou Dikeou [Ereignisse des Zivilrechts]
Ch. suppl.	Chambre supplémentaire
CICA	Comparative International Commercial Arbitration
Cir.	Circuit
civ.	civil; civile
Civ. Div.	Civil Division
CJCR	Cardozo Journal of Conflict Resolution
Clev. St. L. Rev.	Cleveland State Law Review
CLR	Comparative Law Review
Co	Company
Comm. C.	Commercial Court
ConLR	Construction Law Reports
Conn.S.C.	Connecticut Supreme Court
CPC	Code de procédure civile („l'ancien code de procédure civile“, 1806)
D.C.Col.	United States District Court for the District of Columbia
D.C.Conn.	United States District Court for the District of Connecticut
D.C.E.Penn.	United States District Court for the Eastern District of Pennsylvania
D.C.N.Ill.	United States District Court for the Northern District of Illinois

D.C.S.N.Y.	United States District Court for the Southern District of New York
D.C.W.V.	United States District Court for the Western District of Virginia
d.h.	das heißt
D. Jur. gén.	Dalloz Jurisprudence générale
ders.	derselbe
dies.	dieselbe; dieselben
DIP	Droit international privé
DIS	Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit
DIS-SchO	Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit – Schiedsgerichtsordnung
DRL	Dispute Resolution Library
Dni	Dikeossini [Justiz]
Doctr.	Doctrine
DRJ	Dispute Resolution Journal
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
EAA	The Arbitration Act 1996 for England, Wales and Northern Ireland
EBLR	European Business Law Review
EC	Treaty Establishing the European Community (1997)
E.	Erwägungen
ECLI	European Case Law Identifier
EfAth	Efetio Athinon [Berufungsgericht Athen]
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (abgelöst durch AEUV)
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung
Einl.	Einleitung
EllDni	Elliniki Dikeossini [Griechische Justiz]
EPoID	Epitheorissi Kodika Politikis Dikonomias [Rundschau der Zivilprozessordnung]
E.R.	English Reports
Erg.-Lfg.	Ergänzungslieferung
et al.	et alii
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGVVO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EUR-Lex	Offizielle Internetseite der Rechtsprechung der Europäischen Union
EuÜ	Europäisches Übereinkommen über die Internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit vom 21.04.1961
EWCA	Court of Appeal of England and Wales
EWHC	High Court of Justice of England and Wales

f.	folgende
ff.	folgende (Plural)
F.2d; F.3d	Federal Reporter, Second Series; Federal Reporter, Third Series
FAA	Federal Arbitration Act (Title 9 of the United States Code, The United States Federal Arbitration Act)
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Fed. Appx.	Federal Appendix
Fn.	Fußnote
Fordham Int'l L. J.	Fordham International Law Journal
Frankfurt a.M.	Frankfurt am Main
frZPO	französische Zivilprozessordnung
FS	Festschrift
F.Supp.2d	Federal Supplement, Second Series
G.	Gesetz
GAJFDIP	Les grands arrêts de la jurisprudence française de droit international privé
GAbk	Genfer Abkommen zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 26.09.1927
Gaz. Pal.	La Gazette du Palais
GD	Gesetzesdekret
gem.	gemäß
ggf.	gegebenenfalls
GIE	Groupement d'intérêt économique
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
grBGB	griechisches Bürgerliches Gesetzbuch
grds.	grundsätzlich
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
grZPO	griechische Zivilprozessordnung
GS	Gedächtnisschrift
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWR	Gesellschaft- und Wirtschaftsrecht
HGB	Handelsgesetzbuch
HGE	Honorary General Editor
Hk-ZV	Handkommentar Zwangsvollstreckung
Hrsg.	Herausgeber; herausgegeben
Hs.	Halbsatz
IBA	International Bar Association
ICA	International Commercial Arbitration
ICC	International Chamber of Commerce
ICCA	International Council for Commercial Arbitration
ICC Disp. Res. Bull.	ICC Dispute Resolution Bulletin
ICCLR	International Company and Commercial Law Review
ICDR	International Centre for Dispute Resolution
ICSID Rev.	International Centre for Settlement of Investment Disputes Review
IHR	Internationales Handelsrecht
IJAA	International Journal of Arab Arbitration

IJAL	Indian Journal of Arbitration Law
ILA	International Law Association
Inc.	Incorporated
Int. Wirtschaftsschieds.	Internationale Wirtschaftsschiedsgerichtsbarkeit
Int'l	International
IPC	Inter-American Convention on International Commercial Arbitration – Panama Convention, 30 January 1975
IPR	Internationales Privatrecht
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (Schweiz)
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRSpr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiet des Internationalen Privatrechts
i.V.m.	in Verbindung mit
IWRZ	Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
IZPRF	Internationales Zivilprozessrecht und prozessuales Fremdenrecht
J.	Justice
Jahrg.	Jahrgang
JDI	Journal du Droit International (Clunet)
JDN	Numéro JurisData
J. Disp. Resol.	Journal of Dispute Resolution
J. Dr. Int'l Priv. & Jur. Comp.	Journal du droit international privé et de la jurisprudence comparée
J. Int'l Arb.	Journal of International Arbitration
JORF	Journal officiel de la République Française
Journ. Aud.	Journal des Audiences
JuS	Juristische Schulung
JPS	Jahrbuch für die Praxis der Schiedsgerichtsbarkeit
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KapMuG	Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz
Kart.	Kartellrecht
KG	Kammergericht
KPoID	Kodikas Politikis Dikonomias [Zivilprozessordnung]
KSG	Konkordat vom 27. März 1969 über die Schiedsgerichtsbarkeit (Schweiz)
KTS	Zeitschrift für Insolvenzrecht
LA	Liber Amicorum
LCIA	The London Court of International Arbitration
lit.	litera
L.J.	Lord Justice
LMK	Kommentierte BGH-Rechtsprechung Lindenmaier-Möh-ring
Ltd	Limited Company
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Mealy's Int'l Arb. Rep.	Mealy's International Arbitration Report

MPI-IPR	Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht
Misc.3d	Miscellaneous Reports, Third Series
MüKoZPO	Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung mit weiteren Nachweisen
m.w.Nw.	
N.	Nomos [Gesetz]
N.A.	National Association
N.F.	Neue Folge
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report
NKUA	Nationale und Kapodistria Universität Athen
No; n°	number; numéro; Nummer
NoB	Nomiko Bima [Rechtlicher Schritt]
Nr.	Nummer; number
NYC	United Nations Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards (New York, 10 June 1958)
NYLJ	New York Law Journal
N.Y.S.2d	West's New York Supplement, Second Series
N.Y.S.C.	New York Supreme Court
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
OAO	Open Joint-Stock Company (ehemalige Sowjetunion)
OGH	Oberster Gerichtshof
OIAP	Olomelia Ariou Pagou [Areopag in Plenum]
OLG	Oberlandesgericht
OT	Originaltext
P.C.	Professional Corporation
PILS	Private International Law Statute (s. a. IPRG)
PLC	Public Limited Company
PSLR	Penn State Law Review
QB	Queen's Bench Division; The Law Reports – Queen's Bench Division
RCEA	Revista del Club Español del Arbitraje
Rec.	Recommendation
Rec. Dal.	Recueil Dalloz
Rev. crit. DIP	Revue critique de droit international privé
Rev. Arb.	Revue de l'arbitrage
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RGZ N.F.	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen – Neue Folge
RIPS	Recht der internationalen privaten Schiedsgerichtsbarkeit
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer; Randnummern
RtB	Raising the Bar – The Young Lawyers Committee
S.	Satz; Seite; siehe
s.	siehe

s. a.	siehe auch
SA	société anonyme
SARL; S.à r.l.	société à responsabilité limitée
SAS	Société par actions simplifiée
SchGO	Schiedsgerichtsordnung
SchiedsVfG	Schiedsverfahrens-Neuregelungsgesetz
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
SCM	Supreme Court of Mauritius
S.Ct.	Supreme Court Reporter
Sect.	Section
Sect. civ.	Section civile
Sem.	Semestre
SIAR	Stockholm International Arbitration Review
SLR-J.III.	Singapore Law Review-Juris Illuminae
S. o.	Siehe oben
S.p.A.	Società per Azioni
S.r.l.	Società a responsabilità limitata
SSRN	Social Science Research Network
s. u.	siehe unten
Suppl.	Supplement
TAL	The American Lawyer
TCC	Technology and Construction Court
Tbd.	Teilband
Tech. Con. C.	Technology and Construction Court
Teilbeschl.	Teilbeschluss
TILJ	Texas International Law Journal
u.	und; unten
u.a.	und anderswo; unter anderem
Übers.	Übersetzung
U.K.	United Kingdom
UKlaG	Unterlassungsklagengesetz
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
UNCITRAL-MG	UNCITRAL-Modellgesetz über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit (1985, 2006)
Unif. L. Rev.	Uniform Law Review
UNÜ	Das United Nations Übereinkommen (New Yorker Übereinkommen) über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 10.06.1958 (s. NYC)
Urt.	Urteil
U.S.	United States Supreme Court Reports
U.S.C.	United States Code
U.S.A.	United States of America
U.S.C.A.	United States Court of Appeals
U.S.S.C.	United States Supreme Court
v.	versus; vom; von
v°	voir
v.A.w.	von Amts wegen
vgl.	vergleiche
VN	Vereinte Nationen

Vorbem.	Vorbemerkung; Vorbemerkungen
Wash. U. Gl. St. L. Rev.	Washington University Global Studies Law Review
WL	Westlaw
WLR	The Weekly Law Reports
WM	Wertpapier-Mitteilungen (Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht)
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
YAR	Young Arbitration Review
YCA	Yearbook Commercial Arbitration
ZB	Zahlungsbeschluss
z.B.	zum Beispiel
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht; Zivilprozessrecht
zit.	zitiert
ZPO	Zivilprozessordnung
ZPR	Zivilprozessrecht
ZR	Zivilrecht
ZüKo IPRG	Zürcher Kommentar zum IPRG
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozess International

Erster Teil

Einleitung

§ 1 Einführung in den Forschungsgegenstand

Einen der bedeutendsten Grundsätze des internationalen Handelsschiedsverfahrensrechts stellt das Verbot der *révision au fond*¹ dar.² Nach diesem Grundsatz ist es dem ordentlichen Gericht bei der staatlichen Kontrolle eines Schiedsspruchs verwehrt, die Richtigkeit der schiedsgerichtlichen Sachbeurteilung zu überprüfen.³ Eine berufungsähnliche Kontrolle des Schiedsspruchs, die das Schiedsverfahren zu einer bloßen Vorinstanz der ordentlichen Gerichtsbarkeit degradieren würde, ist somit ausgeschlossen.⁴

Die Einhaltung und Durchsetzung des Verbots der *révision au fond* setzt voraus, dass die sachliche Unrichtigkeit eines Schiedsspruchs weder einen Aufhebungs- noch einen Versagungsgrund darstellt.⁵ Die staatliche Kontrolle internationaler Handelsschiedssprüche zielt in diesem Sinne nur auf die Gewährleistung eines Minimums an prozessualer Gerechtigkeit im Schiedsver-

¹ In der deutschen Rechtsordnung sind bei der Kontrolle einer Entscheidung die Begriffe *Inhaltskontrolle* und *Nachprüfung der tatsächlichen oder rechtlichen Feststellungen* als Synonyme des Begriffs *révision au fond* anzusehen. Vgl. hierzu *Münch*, in: MüKoZPO, Bd. 3, § 1059, Rn. 7 sowie *Gottwald*, in: MüKoZPO, Bd. 1, § 328, Rn. 120. In den angelsächsischen Rechtsordnungen verwendet man statt des Begriffs *révision au fond* die englischen Begriffe *review of the merits*, s. hierzu *Rubino-Sammartano*, *International Arbitration*, S. 1339–1341, und *de novo review of the substantive aspects of the decision*, s. *Born*, *Commentary and Materials*, S. 796–799.

² OLG Köln, BeckRS 2018, 40830, Rn. 28; OLG Köln, NJOZ 2018, 949, 951; OLG Thüringen, SchiedsVZ 2007, 44, 45; *Haller*, SchiedsVZ 2011, 179.

³ BGH, NJW-RR 2008, 659, 660; KG Berlin, 23/29 Sch 17/01, DIS; *Engelmann*, ICA, S. 5, 47 f., 154; *Hartmann*, in: Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, ZPO, § 1059, Rn. 1; *Lachmann*, Schiedsgerichtspraxis, Rn. 2347.

⁴ Vgl. hierzu BGHZ 96, 40, 46; U.S.S.C., *United Steelworkers v. Wheel & Car*, 363 U.S. 593, 599; AP, 517/2016, NOMOS; OLG Thüringen, SchiedsVZ 2007, 44, 45; *Haller*, SchiedsVZ 2011, 179; *Scherer, Matthias*, IJAA 6 (2014), Heft 2, 64, 71–73.

⁵ Es bestehen zwei Verfahren zur staatlichen Kontrolle eines internationalen Handelsschiedsspruchs: das Aufhebungs- und das Anerkennungs- und Vollstreckbarerklärungsverfahren. Vgl. hierzu *Bien*, ZJP 132 (2019), 93, 96 f.; *Paulsson, J.*, *The Idea of Arbitration*, S. 213 f.; *Rechberger*, in: FS Kaissis, S. 801, 808; *Smit*, PSLR 113 (2009), 995, 997; *Steger*, Präklusion von Versagungsgründen, S. 49; *Wolff*, in: Kreindler/Wolff/Rieder, *Commercial Arbitration in Germany*, Rn. 6.1, 6.161. Vgl. auch u. § 3 B. II. 3. (S. 52 ff.).

fahren.⁶ So betreffen die Aufhebungs- und Versagungsgründe in der deutschen Rechtsordnung, die den Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit ausmacht, grundsätzlich⁷ nicht die vom Schiedsgericht beurteilte Streitsache, sondern prozessuale Aspekte des Schiedsverfahrens. Diese beschränkte⁸ staatliche Kontrolle ist für das Aufhebungsverfahren in § 1059 Abs. 2 ZPO⁹ und für das Anerkennungs- und Vollstreckbarerklärungsverfahren in §§ 1060 f. ZPO i.V.m. Art. V UNÜ geregelt. Hierdurch gelingt es der internationalen Handelschiedsgerichtsbarkeit als einer der ordentlichen Gerichtsbarkeit gleichwertigen alternativen Streitbeilegungsmethode,¹⁰ ihr Grundziel zu erreichen, schiedsfähige Rechtsstreite verbindlich beizulegen.¹¹

Obwohl die sachliche Richtigkeit des Schiedsspruchs keinen Kontrollpunkt des staatlichen Gerichts ausmacht und mithin eine direkte *révision au fond* ausgeschlossen ist, erweist sich eine ausnahmslose Einhaltung des Verbots der *révision au fond* als praktisch unmöglich. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das staatliche Gericht bei der Überprüfung vieler der gesetzlich vorgesehenen Aufhebungs- und Versagungsgründe die sachliche Richtigkeit des Schiedsspruchs oft in gewissem Maße überprüfen muss. Diese beschränkte Sachkontrolle dient der Effektivität der staatlichen Kontrolle. In diesem Sinne handelt es sich um erforderliche Ausnahmen vom Verbot der *révision au fond*, die nicht direkt und berufungsähnlich die Richtigkeit der schiedsgerichtlichen Streitbeilegung bezweifeln. Stattdessen sind solche Ausnahmen im Einzelfall das einzige Mittel des staatlichen Gerichts, um zu erkennen, ob einer der gesetzlich vorgesehenen Aufhebungs- und Versagungsgründe gegeben ist.¹²

Vor allem stellt sich die Frage nach dem Erfordernis einer Ausnahme vom grundlegenden Verbot der *révision au fond* bei der staatlichen Kontrolle inter-

⁶ Kaissis, Aufhebung von Schiedssprüchen, S. 45; Koussoulis, Grundlegende Probleme der Schiedsgerichtsbarkeit, S. 191; Paulsson, J., The Idea of Arbitration, S. 99; Rechberger, in: FS Kaissis, S. 801; Solomon, Die Verbindlichkeit von Schiedssprüchen, S. 494 f.

⁷ Mit Ausnahme des Verstoßes gegen den materiellen *ordre public*, der sich in gewissem Maße auf die Streitsache bezieht. Vgl. hierzu u. § 9 C. (S. 187 ff.).

⁸ Kern, C. A., ZZPInt 14 (2009), 445, 452: „[...] review by public courts is extremely limited“; Timmins, in: González-Bueno, International Arbitration, S. 425 f.

⁹ Fehlt ein spezieller Hinweis, ist unter der Abkürzung ZPO die deutsche Zivilprozessordnung zu verstehen.

¹⁰ Berger, K. P., Dispute Resolution, Rn. 16.4; ders., RIW 35 (1989), 850; Black-Branch, in: Conrad/Münch/Black-Branch, ICA, S. 1, 3 f.; Grierson, Mealy's Int. Arb. Rep. 24 (2009), 1, 6; Habscheid, in: FS Schlosser, S. 247, 250; Liebscher, The Healthy Award, S. 3; Rieder/Kreindler, in: Kreindler/Wolff/Rieder, Commercial Arbitration in Germany, Rn. 1.1, 1.3, 1.31 f.

¹¹ Helm, DRJ 61 (2006–2007), No. 4, 1; Rensmann, Anationale Schiedssprüche, S. 35; Scherer, Maxi, Arb. Int'l 32 (2016), 437, 454 f.; Schwartz, in: LA Lazareff, S. 569; Solomon, Die Verbindlichkeit von Schiedssprüchen, S. 351.

¹² Gottwald, in: FS Nagel, S. 54, 59, beschreibt diese Kontrolle als eine „gewisse indirekte Sachprüfung“.

nationaler Handelsschiedsprüche im Hinblick auf die Sachverhaltsfeststellungen des Schiedsgerichts. Konkreter dargestellt erweist es sich oft als besonders kompliziert zu erkennen, ob und inwiefern das staatliche Gericht bei der Überprüfung der gesetzlich vorgesehenen Aufhebungs- und Versagungsgründe den Sachverhalt erneut ermitteln darf. Der Beantwortung dieser Frage widmet sich die vorliegende Arbeit.

Zu diesem Zweck sind das Verbot der *révision au fond* und die erforderlichen Ausnahmen davon hinsichtlich der schiedsgerichtlichen Sachverhaltsfeststellungen für jeden einzelnen Aufhebungs- und Versagungsgrund zu untersuchen, der im deutschen Recht der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit vorgesehen ist. Es ist insbesondere der goldene Schnitt zwischen zwei konkurrierenden Bestreben zu finden. Einerseits ist sicherzustellen, dass die staatliche Kontrolle eines Schiedsspruchs in Hinsicht auf denjenigen Aufhebungs- und Versagungsgrund effektiv ist, der im jeweiligen Fall möglicherweise gegeben ist. Andererseits darf diese Kontrolle die Verbindlichkeit des Schiedsspruchs nicht übermäßig beeinträchtigen, sondern muss die Schiedsgerichtsbarkeit als alternative Streitbeilegungsmethode respektieren.

Vor allem konzentriert sich das Interesse auf den Aufhebungs- und Versagungsgrund eines Verstoßes des Schiedsspruchs gegen den materiellen *ordre public*. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Umfang der staatlichen Kontrolle möglicher Verstöße gegen den materiellen *ordre public* sowohl die internationale Rechtsprechung als auch das Schrifttum seit mehreren Jahrzehnten beschäftigt. Trotzdem hat sich bisher keine einheitliche Lösung zu der Frage etabliert, ob dem staatlichen Gericht bei der Kontrolle des materiellen *ordre public* eine erneute Sachverhaltsermittlung gestattet ist. Im Gegenteil, hierzu besteht seit langem eine erhebliche Meinungsvielfalt, die Rechtsunsicherheit mit sich bringt.

Bei der staatlichen Kontrolle möglicher Verstöße gegen den materiellen *ordre public* werden zwei einander entgegengesetzte *ordre public*-Interessen beeinträchtigt.¹³ Das eine ist das Interesse an der Konformität des Schiedsspruchs mit dem materiellen *ordre public*. Das staatliche Gericht hat sich zu vergewissern, dass die Anerkennung oder Vollstreckung des Schiedsspruchs nicht zur Verletzung einer Rechtsnorm oder eines Grundsatzes führt, der dem materiellen *ordre public* angehört. Diese Vergewisserung setzt aber voraus, dass das staatliche Gericht die Richtigkeit der schiedsgerichtlichen Sachverhaltsermittlung überprüft. Nur dadurch kann es sicherstellen, dass der materielle *ordre public* nicht wegen irriger oder unvollständiger Sachverhaltsermittlung verletzt worden ist. Das andere *ordre public*-Interesse besteht in der Durchsetzung des Rechtsfriedens, der durch den Erlass des Schiedsspruchs eingetreten ist. Als prozessuales *ordre public*-Interesse setzt der Rechtsfrieden voraus, dass der Schiedsspruch verbindlich, sprich sachlich unanfechtbar, ist. In

¹³ S. u. § 9 C. IV. 2. (S. 279 ff.).

diesem Interessenkonflikt kann nur einem der zwei entgegengesetzten *ordre public*-Interessen Vorrang zukommen. Die Lösung dieses Konflikts hängt davon ab, ob dem staatlichen Gericht eine *révision au fond* der schiedsgerichtlichen Sachverhaltsfeststellungen bei der Kontrolle des materiellen *ordre public* gestattet ist. Die Behandlung dieser Frage nimmt einen großen Teil dieser Arbeit ein.¹⁴

§ 2 Gang der Untersuchung

Die vorliegende Arbeit setzt sich aus vier Teilen zusammen. Der Einleitung (erster Teil, S. 1–5) folgt im zweiten (S. 6–76) und dritten Teil (S. 77–297) die Behandlung des Forschungsgegenstands. Abschließend erfolgt die Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung im vierten Teil (S. 298–304).

Konkret bezieht sich der zweite Teil auf die Bedeutung des Verbots der *révision au fond* als Grundsatz des internationalen Handelsschiedsverfahrensrechts. Dabei wird an erster Stelle (S. 7–66) begründet, dass man die Wirkungsweise der *révision au fond* als Kontrollart nachvollzogen haben muss, bevor man sich mit ihrem Verbot befasst. Hierzu sind zuerst die Bedeutung und die Entstehung des Begriffs der *révision au fond* sowie ihr Kontrollgegenstand zu beleuchten. Schon von Anfang an wird klargestellt, dass die Kontrollart der *révision au fond* herkömmlich die sachliche Kontrolle einer Entscheidung bedeutet, die im Rahmen des ordentlichen Instanzenzugs zu finden ist. Zum besseren Verständnis ihrer Wirkungsweise ist die *révision au fond* daher im Licht nicht nur des Schiedsverfahrens-, sondern auch des Zivilverfahrensrechts im Allgemeinen zu betrachten. Anschließend wird die Frage behandelt, ob die *révision au fond* auf die staatliche Kontrolle internationaler Handelsschiedssprüche anzuwenden ist. Erforderlich ist hierzu, die Beziehung der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit zur ordentlichen Gerichtsbarkeit und den Zweck der staatlichen Kontrolle von Schiedssprüchen in Erinnerung zu rufen.

An zweiter Stelle erstreckt sich die folgende Untersuchung auf die Regelung des Verbots der *révision au fond* im deutschen Recht der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit (S. 66–76). Zu diesem Zweck orientiert sich die

¹⁴ Obgleich die vorliegende Arbeit nicht durchgängig rechtsvergleichend vorgeht, werden bei der Behandlung des Verstoßes gegen den materiellen *ordre public* neben der deutschen noch fünf weitere, ausgewählte Rechtsordnungen berücksichtigt. Hierbei handelt es sich um die Schweiz, die U.S.A., England, Frankreich und Griechenland. Das Miteinbeziehen dieser Rechtsordnungen zielt auf die Vollständigkeit der durchzuführenden Untersuchung sowie auf die Darlegung der internationalen Tendenz hinsichtlich des Umfangs der Kontrolle des materiellen *ordre public* ab. S. u. § 9 C. III. 2. b) (S. 212 ff.).

Untersuchung an den Anfechtungsmöglichkeiten eines internationalen Handelsschiedsspruchs in Deutschland. Von überragender Bedeutung ist hierbei die Feststellung, dass die sachliche Unrichtigkeit eines Schiedsspruchs nach deutschem Recht weder einen Aufhebungs- noch einen Versagungsgrund darstellt.

Der dritte Teil befasst sich sodann mit den Ausnahmen vom Verbot der *révision au fond*, die für die Effektivität der staatlichen Überprüfung der gesetzlich vorgesehenen Aufhebungs- und Versagungsgründe erforderlich sind. Dazu folgt die Untersuchung der traditionellen Unterscheidung der Aufhebungs- und Versagungsgründe in drei Kategorien, nämlich in solche Aufhebungs- und Versagungsgründe, die die Zuständigkeit (S. 79–97), solch die das schiedsgerichtliche Verfahren (S. 97–121) und solch die den Tenor des Schiedsspruchs (S. 122–296) angehen.

Die Frage nach einer Ausnahme vom Verbot der *révision au fond* ist für jeden einzelnen Aufhebungs- und Versagungsgrund separat in drei Schritten zu untersuchen. Im ersten Schritt findet eine Darstellung des jeweiligen Aufhebungs- und Versagungsgrundes statt. Im zweiten Schritt ist zu erforschen, ob und unter welchen Umständen die staatliche Überprüfung dieses Grundes eine gewisse Kontrolle der schiedsgerichtlichen Sachverhaltsfeststellungen erfordert, um effektiv zu sein. Im dritten Schritt folgt die in der vorliegenden Arbeit vertretene These zu der Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Ausnahme vom Verbot der *révision au fond* bei der staatlichen Überprüfung dieses Grundes hinzunehmen ist.

Zweiter Teil

Das Verbot der *révision au fond*

Im Allgemeinen lässt sich das Verbot der *révision au fond* als ein kurzes Gebot beschreiben, das sich an das staatliche Gericht wendet, die staatliche Kontrolle von Schiedssprüchen regelt und sie auf prozessuale Mängel von Schiedssprüchen begrenzt.¹ So lässt sich bspw. in einem Beschluss des BayObLG der folgende Hinweis finden:

„Die Beweiswürdigung des Schiedsgerichts durch eine eigene Beweiswürdigung zu ersetzen, ist dem Senat grundsätzlich verwehrt, da dies auf eine unzulässige *révision au fond* hinausliefe, die im Verhältnis von Schiedsgerichtsbarkeit und staatlicher Gerichtsbarkeit jedenfalls seit der Neuregelung des X. Buches der ZPO unzulässig ist“.²

Die sachliche Kontrolle des Schiedsspruchs durch das staatliche Gericht ist demnach unzulässig und stellt eine Überschreitung seiner Kontrollbefugnis dar. Diese abstrakte Bestimmung des Verbots der *révision au fond*, die man in der Regel in den jeweiligen Entscheidungen und im Schrifttum liest, reicht aber zur Feststellung der bedeutungsvollen Wirkung dieses Grundsatzes auf die staatliche Kontrolle von Schiedssprüchen nicht aus. Vielmehr ist darzustellen, aus welchem Grund das Bestehen dieses Verbots überhaupt notwendig ist und worin die Folgen eines eventuellen Verstoßes bestünden. Nur dadurch kann man sich in der Lage versetzen, die Bedeutung dieses Grundsatzes, der den Umfang der staatlichen Kontrolle von Schiedssprüchen begrenzt, zu verstehen.

Zu diesem Zweck wird im Rahmen dieses Teils eine gründliche Untersuchung des Verbots der *révision au fond* unternommen. Insbesondere sind zunächst einmal die Bedeutung dieses Verbots und das Erfordernis seiner Einhaltung bei der staatlichen Kontrolle internationaler Handelsschiedssprüche zu behandeln. Anschließend erstreckt sich die Analyse auf die Regelung des Verbots der *révision au fond* im deutschen Recht der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit.

Das Verbot der *révision au fond* stammt ursprünglich nicht aus dem Schiedsverfahrensrecht. Vielmehr hat dieses Prinzip seine Wurzeln auf dem Gebiet des internationalen Zivilverfahrensrechts, und zwar bei der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Gerichtsurteile.³ Die vorliegende Arbeit

¹ S. o. § 1 (S. 1 ff.).

² BayObLG, 4 Z Sch 23/02, DIS, sub II.2.a.

³ BGH, NJW 1999, 2372, 2373; Geimer, R., in: Zöller, ZPO, § 328, Rn. 208; ders., IZPR, Rn. 2910, 2956; Nagel/Gottwald, IZPR, § 12, Rn. 87 f., 116; Regen, Prozeßbetrug, Rn. 180;

befasst sich zwar mit dem Recht der Schiedsgerichtsbarkeit internationaler Handelssachen. Zu einer umfassenden Klarstellung der Wirkungsweise des Prinzips *non révisio au fond* ist aber im Laufe der Analyse auch das internationale Zivilverfahrensrecht zu betrachten. Die hier unternommene Untersuchung konzentriert sich zwar, wie schon im ersten Teil dargestellt, auf die Sachverhaltsfeststellungen des Schiedsgerichts. Eine pauschale Nichtberücksichtigung der Rechtsfeststellungen des Schiedsgerichts,⁴ die für das Verbot der *révisio au fond* ebenso relevant sind, wäre aber an gewissen Stellen gekünstelt und würde eventuell zu einer mangelhaften Untersuchung führen. Daher sind, soweit es die Vollständigkeit der Arbeit erfordert, sowohl die Sachverhalts- als auch die Rechtsfeststellungen des Schiedsgerichts zu erforschen.

§ 3 Keine Sachprüfung von Schiedssprüchen

Wie unten noch näher erklärt wird,⁵ stellt das Verbot der *révisio au fond* den Schnittpunkt zwischen der Schiedsgerichtsbarkeit und der ordentlichen Gerichtsbarkeit dar. Auf der einen Seite steht die Schiedsgerichtsbarkeit, die als alternative Streitbeilegungsmethode ein Maximum an praktischer Durchsetzung anstrebt. Auf der anderen Seite steht der Vorbehalt der jeweiligen Rechtsordnung, in der ein Schiedsspruch eventuell anerkannt oder vollstreckt werden soll, dass der Schiedsspruch durch die staatlichen Gerichte kontrolliert wird, damit die grundlegenden Interessen dieser Rechtsordnung gewährleistet werden. Den Umfang der staatlichen Kontrolle von Schiedssprüchen bestimmt das Verbot der *révisio au fond*. Deshalb setzt die Annäherung an die Bedeutung des Verbots der *révisio au fond* bei der staatlichen Kontrolle internationaler Handelsschiedssprüche eine Untersuchung in drei Schritten voraus: Erstens wird die *révisio au fond* als Kontrollart, zweitens die Institution der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit und drittens die staatliche Kontrolle internationaler Handelsschiedssprüche untersucht.

So findet an erster Stelle eine Untersuchung der *révisio au fond* als Kontrollart statt. Insoweit sind die Bedeutung, die Begriffsentstehung, die Wirkungsweise und die Kontrollgegenstände der *révisio au fond* zu eruieren. Der Grund dieser Untersuchung ist, dass man das Verbot der *révisio au fond* nicht

Roth, *Ordre Public*, S. 17–19; Schütze, in: Wieczorek/Schütze, ZPO, Bd. 5/1, § 328, Rn. 58; Völker, *Ordre public*, S. 149 f., 223–230.

⁴ U.S.S.C., *Mitsubishi Motors v. Soler Chrysler-Plymouth*, 473 U.S. 614, 638; OLG Frankfurt a.M., SchiedsVZ 2014, 154, 159; *Baron/Liniger*, Arb. Int'1 19 (2003), 27, 49 f.; *von Heymann*, *Ordre public*, S. 152–155; *Liebscher*, *The Healthy Award*, S. 55–61; *Sayed*, *Corruption*, S. 400 f.; *Schütze*, Schiedsgericht und Schiedsverfahren, Rn. 680 f. i.V.m. Rn. 786; *Solomon*, Die Verbindlichkeit von Schiedssprüchen, S. 367.

⁵ S. u. § 3 C. (S. 60 ff.).

völlig begreifen kann, ohne zuerst die *révision au fond* selbst nachvollzogen zu haben. Schließlich ist die *révision au fond* als Kontrollart auch im allgemeinen Zivilverfahrensrecht zu finden.⁶ Deshalb ist die *révision au fond* im Lichte nicht nur des Schiedsverfahrens-, sondern auch des Zivilverfahrensrechts insgesamt zu erforschen.

An zweiter Stelle ist die staatliche Kontrolle internationaler Handelsschiedssprüche durch die deutschen Gerichte als eventueller Anwendungsbereich der *révision au fond* zu untersuchen. Zu erforschen ist, ob die *révision au fond* mit dem Zweck der staatlichen Kontrolle von internationalen Handelsschiedssprüchen vereinbar ist. Zum Erreichen dieses Ziels sind einerseits das Wesen und die Hauptmerkmale der Institution der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit und andererseits die Zweckmäßigkeit der staatlichen Kontrolle von internationalen Handelsschiedssprüchen zu untersuchen.

An dritter Stelle steht eine Darstellung der Wirkungsweise und der Bedeutung des Verbots der *révision au fond* bei der staatlichen Überprüfung internationaler Handelsschiedssprüche. Ziel dieser Untersuchung ist die Betonung der Annahme, dass das Verbot der *révision au fond* eine ausgleichende Funktion erfüllt. Darzulegen ist, dass dieses Verbot das Gleichgewicht zwischen der Effizienz der staatlichen Kontrolle von internationalen Handelsschiedssprüchen und der Effektivität der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit als alternativer Streitbelegungsverfahren hält.

A. *Révision au fond*: Die Sachkontrolle einer Entscheidung

Ohne vorher die *révision au fond* selbst als Kontrollart nachvollzogen zu haben, kann man ihr Verbot nicht genau begreifen. Zu diesem Zweck sind nun die Bedeutung, die Entstehung und die Kontrollgegenstände der *révision au fond* im Zivilverfahrensrecht aufzuzeigen.

I. Die Bedeutung des Begriffs *révision au fond*

Die *révision au fond* ist eine Kontrollart, die ein staatliches oder privates Gericht hinsichtlich der Entscheidung eines anderen Gerichts durchführt. So ist diese Kontrollart grundsätzlich innerhalb des gerichtlichen Instanzenzugs bei der Entscheidung über Rechtsmittel von großer Bedeutung.⁷ Daneben tritt die Frage nach der Zulässigkeit einer *révision au fond* auch im Verfahren der Anerkennung oder Vollstreckbarerklärung ausländischer Gerichtsurteile auf.⁸ Im

⁶ S. sogleich § 3 A. (S. 8 ff.).

⁷ Vgl. hierzu als Paradebeispiel den Umfang der Berufungskontrolle, deren Hauptzweck die Überprüfung der sachlichen Richtigkeit der erstinstanzlichen Entscheidung ist. S. dazu nur *Rosenberg/Schwab/Gottwald*, ZPR, § 139, Rn. 33–41.

⁸ Die Frage nach der Zulässigkeit einer Kontrolle in der Form einer *révision au fond* lässt sich schon im Rahmen des Verfahrens zur Anerkennung ausländischer gerichtlicher Urteile

Schiedsverfahrensrecht wird eine *révision au fond* bspw. bei der Überprüfung eines Schiedsspruchs durch ein zweitinstanzliches Schiedsgericht⁹ oder durch den dafür zuständigen Ausschuss einer Schiedsinstitution¹⁰ durchgeführt. Ohnehin stellt sich aber die Frage nach der Zulässigkeit einer *révision au fond* bei der staatlichen Kontrolle von Schiedssprüchen.¹¹

Unabhängig davon, ob die gerichtliche Kontrolle einer Entscheidung auf der Einlegung eines Rechtsmittels oder auf einem Antrag auf Anerkennung oder Vollstreckbarerklärung beruht, kann die stattfindende Kontrolle zwei Hauptanliegen haben. Sie kann sich insbesondere auf zwei verschiedene Kategorien von möglichen Mängeln der zu überprüfenden Entscheidung beziehen. Einerseits ist es denkbar, dass sich der Umfang der Kontrolle auf verfahrensrechtliche Fehler des Erstgerichts beschränkt.¹² Beispiele dafür sind etwa ein Fehler bei der Besetzung des erkennenden Gerichts oder eine Verletzung des Grundsatzes der unparteilichen Prozessführung.¹³

Andererseits kann die Kontrolle aber auch angeblicher Irrtümer des Erstgerichts bei der Beurteilung der Streitsache¹⁴, wie bspw. eine falsche Beweis-

nach § 328 ZPO, und zwar bei der Untersuchung eventueller Verstöße gegen den deutschen *ordre public* (§ 328 Abs. 1 Nr. 4 ZPO), stellen. S. dazu *Geimer, R.*, Gerichtsbarkeit und internationale Zuständigkeit, S. 22, 40–45; *ders.*, IPRax 1998, 175 f.; *Guldener*, Das IZPR der Schweiz, S. 134; *Laugwitz*, Anerkennung und Vollstreckung, S. 34; *Schütze*, Das IZPR der ZPO, § 328, Rn. 58, 90 f.; *Völker*, *Ordre public*, S. 223–230.

⁹ *Blackaby et al.*, International Arbitration, Rn. 10.01 f.; *Gaillard/Savage*, ICA, Rn. 1375–1378; *Geimer, R.*, in: Zöllner, ZPO, § 1054, Rn. 3; *Kreindler/Schäfer/Wolff*, Schiedsgerichtsbarkeit, Rn. 109–113; *Lew/Mistelis/Kröll*, CICA, Rn. 25.3; *Schwab/Walter*, Schiedsgerichtsbarkeit, Kap. 22; *Voit*, in: Musielak/Voit, ZPO, § 1054, Rn. 2.

¹⁰ Vgl. hierzu vor allem die am 01.03.2017 in Kraft getretene Schiedsgerichtsordnung der ICC und dort Art. 34 in Bezug auf die Prüfung des Schiedsspruchs durch den ICC-Schiedsgerichtshof, abrufbar auf Deutsch unter <https://iccwbo.org/publication/arbitration-rules-and-mediation-rules-german-version/> (zuletzt abgerufen am 30. Januar 2021).

¹¹ *Biesterfeld*, J. Disp. Resol. 2006, 627, 632–638; *Hartmann*, in: Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, ZPO, § 1059, Rn. 16; *Rüßmann*, in: FS Schlosser, S. 785, 800 f.; *Scherer, Maxi*, Arb. Int'1 32 (2016), 437, 445–447; *Stürner, R.*, in: Canaris et al., 50 Jahre BGH, Bd. 3, S. 677, 688 f.

¹² BGH, NJW 1995, 2563; BGH, NJW 2001, 1357; *Gerker*, in: Wieczorek/Schütze, ZPO, Bd. 7, § 529, Rn. 40–43; *Heßler*, in: Zöllner, ZPO, § 529, Rn. 13; *Jauernig/Hess*, ZPR, § 72, Rn. 1–5; *Krüger*, in: MüKoZPO, Bd. 2, § 547, Rn. 5–10; *Wulf*, in: BeckOK ZPO, § 529, Rn. 15–18; *Zeiss/Schreiber*, ZPR, Rn. 657.

¹³ BGH, NJW 1995, 1677, 1679; BGH, NJW 2001, 1502, 1503; *Born*, ICA, Bd. 3, S. 3262–3264, 3273 f.; *Krüger*, in: MüKoZPO, Bd. 2, § 547, Rn. 12; *Lew/Mistelis/Kröll*, CICA, Rn. 25.35 f.

¹⁴ Unter dem Begriff *Sache* oder *Streitsache* ist der Streitgegenstand, dessen Umfang als Problematik die Grenzen der vorliegenden Arbeit überschreitet, zu verstehen. In der jeweiligen Rechtsordnung kann die Bestimmung des Streitgegenstands auf unterschiedlichen Kriterien beruhen, die von der jeweiligen herrschenden Streitgegenstandstheorie abhängen. In der deutschen Rechtsordnung herrscht schon seit den 1950er Jahren die sogenannte

würdigung oder eine irrtümliche Auslegung einer anzuwendenden Anspruchsgrundlage, mit umfassen.¹⁵ Wie sogleich dargestellt wird, besteht zwischen diesen zwei Kontrollarten ein Qualitätsunterschied, der die Art der jeweiligen Kontrolle und ihr prozessuales Ziel betrifft.

Beschränkt sich die Kontrolle auf prozessuale Fehler der angegriffenen Entscheidung, zielt sie nicht auf die Überprüfung der sachlichen Richtigkeit der erlassenen Entscheidung, sondern nur die prozessualen Umstände, unter denen diese Entscheidung erlassen worden ist.¹⁶ Die Kontrolle bspw. der Zuständigkeit des Gerichts und des Verfahrens, das zum Erlassen der Entscheidung geführt hat, betreffen diejenigen prozessualen Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen, damit ein Gericht die Streitigkeit in der Sache beurteilen kann.¹⁷ Die Richtigkeit der Sachentscheidung wird hierbei jedoch nicht überprüft. Diese erste Kontrollebene geht folglich der Beschäftigung des Kontrollgerichts

zweigliedrige prozessuale Streitgegenstandstheorie vor. Nach dieser ist als Streitgegenstand ein prozessualer Anspruch des Klägers, und zwar der Anspruch auf Rechtsschutz, anzusehen. Nach § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO ist der prozessuale Anspruch des Klägers durch zwei vollkommen prozessuale Faktoren, nämlich durch den Sachverhalt und den Antrag der Klage, zu konkretisieren. Zu einer detaillierten Betrachtung des Streitgegenstands im deutschen Zivilprozessrecht s. BGH, NJW-RR 2017, 380, 381; BGHZ 183, 77, 80; BGHZ 157, 47, 52; BGH, NJW 2003, 585, 586; BGHZ 117, 1, 5; *Bacher*, in: BeckOK ZPO, § 253, Rn. 50 f.; *Baumgärtel*, JuS 1974, 69 f.; *Beys*, ZJP 105 (1992), 145, 153, 163; *Gottwald*, in: MüKoZPO, Bd. 1, § 322, Rn. 111–120; *Lorff*, JuS 1979, 569; *Piekenbrock*, in: Schulze, Europäisches Privatrecht in Vielfalt geeint, S. 133, 137 f., 140–147; *Zeiss/Schreiber*, ZPR, Rn. 305–311.

Die Begriffe „Sache“, „Streitsache“, „Streitgegenstand“, „Gegenstand des Streits“ und „Streitigkeit“ werden im Rahmen der vorliegenden Untersuchung einheitlich benutzt und meinen alle den Streitgegenstand. Da den Schwerpunkt dieser Arbeit die staatliche Kontrolle internationaler Handelsschiedssprüche in der deutschen Rechtsordnung bildet, ist der Gegenstand des Schiedsverfahrens ebenso gemäß der zweigliedrigen prozessualen Streitgegenstandstheorie zu bestimmen. Dieser Theorie folgt man in Deutschland auch zur Bestimmung des Gegenstands des Schiedsverfahrens. Vgl. hierzu nur *Habscheid*, in: FS Schlosser, S. 247, 250. Somit ist auch unter dem Begriff Anspruch in § 1030 Abs. 1, S. 1 ZPO der prozessuale Anspruch des Schiedsklägers, nämlich der Streitgegenstand, zu verstehen. Vgl. hierzu *Münch*, in: MüKoZPO, Bd. 3, § 1030, Rn. 13; *Schlosser*, in: Stein/Jonas, ZPO, Bd. 10, § 1030, Rn. 2.

¹⁵ BGH, NJW-RR 2017, 75, 77; BGHZ 162, 313; OLG München, 29 U 208/17, juris, Rn. 23–32; OLG Düsseldorf, I-16 U 104/16, juris, Rn. 28; *Heßler*, in: Zöller, ZPO, § 513, Rn. 1–4; *Jauernig/Hess*, ZPR, § 73, Rn. 29–36; *Rosenberg/Schwab/Gottwald*, ZPR, § 139, Rn. 33–41; *Zeiss/Schreiber*, ZPR, Rn. 673, 680–683.

¹⁶ Als Beispiel für eine solche Kontrollart kann der Fall der Aufhebungsklage gegen inländische Schiedssprüche gemäß § 1059 Abs. 2 ZPO dienen. Vgl. dazu BGHZ 151, 79, 83; *Geimer, R.*, in: Zöller, ZPO, § 1059, Rn. 30; *Raeschke-Kessler*, in: Prütting/Gehrlein, ZPO, § 1059, Rn. 9.

¹⁷ BGHZ 71, 131; OLG Köln, SchiedsVZ 2005, 163, 165; OLG Saarbrücken, SchiedsVZ 2012, 47, 52; *Blackaby et al*, International Arbitration, Rn. 10.64; *Trappe*, BB-Beil. 2000, Nr. 8, 7.

Sachverzeichnis

- aktiver Richter 24
- amiable compositeur*, *siehe ex aequo et bono*
- Ancien Régime* 13
- Anerkennung und Vollstreckbarerklärung
 - ausländischer Gerichtsurteile 13–20, 262 f., 269, 287, 289
 - internationaler Handelsschiedssprüche 2, 54–58, 67–70, 262 f., 287–289
 - ungleiche Behandlung ausländischer Gerichtsurteile und internationaler Handelsschiedssprüche 262 f., 287–289
- Anspruch
 - der Rechtsordnung 49 f., 281
 - des Aufhebungsklägers 283
 - des Schiedsklägers 10, 54, 82, 88–90, 96, 276, 283
 - in der Schiedsvereinbarung vorgesehener 81 f., 89
 - prozessualer 10, 81, 89, 93–96, 276, 283
 - Schadensersatzanspruch nach § 826 BGB, *siehe* Prozessbetrug, Schadensersatzklage nach § 826 BGB
 - schiedsfähiger, *siehe* Schiedsfähigkeit, objektive
 - vermögensrechtlicher 10, 86, 90
- Aufhebungs- und Versagungsgründe 71–75
 - *international standards* 134
 - Kategorien 73 f.
 - *local particularities* 134
 - materielle 190 f.
 - Merkmale 71 f., 75
 - prozessuale 190 f.
 - Struktur 72
- Aufhebungsklage 52–58, 67
 - Aufhebungsgründe, *siehe* Aufhebungs- und Versagungsgründe
 - Frist 169, 176, 179 f., 182–186, 283
 - Verzicht 67, 135, 212 f., 231, 245
- begründete Zweifel 254, 274, 294, 302
- Begründung des Schiedsspruchs 106, 113, 157, 170, 203–208, 253, 258, 270–273, 289
 - Nachholung 271
 - *ratio decidendi* des Schiedsspruchs 272
 - Verzicht 113, 157, 271
- bestimmtes Rechtsverhältnis 73, 81, 88, 93
- binding award*, *siehe* Schiedsspruch, Verbindlichkeit
- compétence internationale* 13
- contrôle de la compétence législative* 20
- da mihi factum, dabo tibi jus* 24
- Delokalisierung 34, 231, *siehe auch* Schiedsgerichtsbarkeit, delokalisierte Ansicht
- difference* 93
- dispute* 93, *siehe auch difference*
- doppeltes Exequatur 38
- en connaissance de cause* 15
- Entscheidungsfindung 21 f., 28, 90 f., *siehe auch* Syllogismus
- équivalence* 21
- Erlassstaat, *siehe* Schiedsort
- Erlassungsort, *siehe* Schiedsort
- ex aequo et bono* 95, 112, 117, 195
- examen du jugement* 15
- Exequaturverfahren 13, 16–19, 31, 44, *siehe auch* Anerkennung und Vollstreckbarerklärung

- facta probantur, jura novit curia* 25
final award 38, *siehe auch* Schiedsspruch, Endgültigkeit
fraus omnia corrumpit 165, 169, *siehe auch* Prozessbetrug
- Gegenseitigkeit 17–21
 Gehörsverletzung 59, 71, 97–109, 115, 119 f., 156, 158, 160, 198, 208, 221, 229, 271, 293
 – erforderliche Ausnahme vom Verbot der *révision au fond* 102–109, 120
 – Kausalität 104–109, 120
 – Präklusion 103, 107–109, 121
 Gleichbehandlung der Schiedsparteien 98
 Grundsatz der guten zwischenstaatlichen Zusammenarbeit 18, 20
 Grundsatz der unbeschränkten Überwachungskompetenz 262
 Grundsatz der uneingeschränkten Nachprüfbarkeit 258, *siehe* Grundsatz der unbeschränkten Überwachungskompetenz
 Grundsatz der unparteilichen Prozessführung 9
 Grundsatz des gesetzlichen Richters 14
- ILA-Abschlussbericht 142, 199–201, 252, 270, 274, 300–302
 Inquisitionsmaxime 265
- juge naturel*, *siehe* Grundsatz des gesetzlichen Richters
jugement nouveau 14
jura novit curia 22 f., 25
- Kompetenz-Kompetenz 83, 90
 Kompetenz-Übergriff, *siehe* Kompetenzüberschreitung des Schiedsgerichts
 – qualitativer 95
 – quantitativer 94
 Kompetenzüberschreitung des Schiedsgerichts 91–97, 190, *siehe auch* Kompetenz-Übergriff
 – erforderliche Ausnahme vom Verbot der *révision au fond* 95–97
 Korruption 65, 188, 197, 216 f., 224 f., 228, 230, 235, 239–242, 251, 266, 293, 301
 – im Grundvertrag 87, 197, 215 f., 223 f., 229, 242–244, 249, 259, 278
 – Schiedsfähigkeit von Korruptionssachen 87
- mal jure* 17 f.
 materielle Prozessleitung 24, *siehe auch* aktiver Richter
maximes d'ancien droit 17
 Meistbegünstigungsklausel 68, 125, 129
- Napoleonische Kodifikationen 14
ne bis in idem 134, 136
ne infra petita 92, 112
ne ultra petita 92, 112, 156
 neues Vorbringen 196–198, 264, 274–277, 280 f., 286 f., 291–295, 302 f.
 – nachträglich behauptete Tatsachen 264, 275–277, 280, 286
 – nachträglich entstandene Tatsachen 264, 275 f.
- öffentliche Ordnung, *siehe* *ordre public*
Ordonnance von 1629 13
ordre public 133, 137–139, 141
 – deutscher 144–150, 152, 154, 195, 197
 – englischer 222–224, 230
 – französischer 147, 231 f.
 – griechischer 147, 246 f.
 – internationaler 133, 138–154, 231, 246 f., 294
 – materieller 154, 160, 187–191, 296
 – nationaler 141, 146–154, 246
 – prozessualer 154–163, 181, 190, 269, 296
 – schweizerischer 213 f.
 – transnationaler 143–146
 – U.S.-amerikanischer 218 f.
 – Unbestimmtheit 141, 144, 153, 155, 187
- ordre public*-Interessen
 – Folgen der Verletzung 293 f., 303
 – Gleichwertigkeit 251, 264, 292–294
 – Konflikt 226, 251, 264, 266, 279–282, 303 f.
 – Konformität des Schiedsspruchs mit dem materiellen *ordre public* 266, 279–281, 292, 303
 – unmittelbare staatliche 265 f., 293 f.

- Verbindlichkeit des Schiedsspruchs, *siehe* Schiedsspruch, Verbindlichkeit
 - ordre public*-Kontrolle
 - ausländischer Gerichtsurteile 8, 133, 134, 262, 265, 269, 288
 - erforderliche Ausnahme vom Verbot der *révision au fond* 164, 166, 168–170, 174–176, 185, 189–199
 - internationaler Handelsschiedssprüche, *siehe ordre public*-Verstoß
 - minimale 215, 220 f., 241 f., 248, 251 f., 301
 - schiedsgerichtliche Rechtsfeststellungen 192–196
 - schiedsgerichtliche Sachverhaltsfeststellungen 196–198
 - ordre public*-Verstoß
 - Beziehung zu den anderen gesetzlich vorgesehenen Aufhebungs- und Versagungsgründen 158–163
 - Drogenhandel 188, 225, 230
 - Erlassen eines Schiedsspruchs trotz gelungenen außergerichtlichen Vergleichs 157
 - fehlende oder widersinnige Begründung des Schiedsspruchs 203, 273
 - Gehörsverletzung, *siehe* Gehörsverletzung
 - Geldwäsche 188, 242 f., 252, 266, 293, 301
 - Korruption, *siehe* Korruption
 - Missachtung bestehender Rechtskraft 157 f.
 - Nichtoffenlegung der Namen der Schiedsrichter 157
 - Offensichtlichkeit 152 f., 234
 - Parteilichkeit des Schiedsgerichts 30, 156, 158, 227
 - Prozessbetrug, *siehe* Prozessbetrug
 - *punitive damages* 140, 188
 - Restitutionsgründe 157, 171, 181
 - Schiedsunfähigkeit, *siehe* Schiedsunfähigkeit
 - Schmuggel 188, 224 f.
 - Sittenwidrigkeit 188
 - Steuerbetrug 221
 - Subsidiarität 160–163
 - Unzuständigkeit des Schiedsgerichts 156
 - Verletzung des Wettbewerbsrechts 189, 233, 236 f., 248, 266, 293
 - Verletzung internationaler Embargoregeln 188
 - Verletzung von Devisenregelungen 188, 210, 265
 - Verletzung von Normen über Importe und Exporte 188, 210
 - Verletzung von Preisbindungsvorschriften 188
- Parteiwille 40, 44–47, 52, 88, 110, 135 f., 161 f., 277, *siehe auch* Privatautonomie
- poor loser syndrome* 63, 290
- Präklusion, *siehe* Verfahrensfehler, Präklusion
- Privatautonomie 39, 49, 66, 84, 136, 260, 299
- pro-enforcement bias of the NYC* 110, 132
- Prozessbetrug 155, 158, 164–187, 217, 224, 293
- analoge Anwendung von §§ 580 ff. ZPO 171–176, 181–186
 - Anerkennungs- und Vollstreckbarerklärungshindernis 180 f.
 - Aufhebungsgrund 171–176
 - Aussetzung des staatlichen Kontrollverfahrens 173, 183
 - erforderliche Ausnahme vom Verbot der *révision au fond* 166–170, 296
 - Kausalität 168, 171, 174 f., 185
 - Präklusion 169–171, 175 f., 185, 187
 - rechtskräftige strafrechtliche Verurteilung 172–176, 181–183
 - Restitutionsgrund 158, 171
 - Schadensersatzklage nach § 826 BGB 177–180, 184–187
- Prozessökonomie 103, 114, 161, 163, 185, 260 f., 300
- Prozessumgehung 109, 114, 120 f., 136, 161–169, 176, 178, 180, 185, 258–260, 287, 289 f., 292, 297, 298 f.
- public policy*, *siehe ordre public*
- Recht
- auf die Schiedsvereinbarung anzuwendendes, *siehe* Schiedsvereinbarung, anzuwendendes Recht

- auf die Streitsache anzuwendendes 117, *siehe* Verfahrensfehler, Anwendung falschen materiellen Rechts
- Auffinden des anzuwendenden materiellen Rechts 22 f.
- Auslegung und Anwendung 22 f., 26–28, 193–195, *siehe auch* Syllogismus, Obersatz; Subsumtion
- das „richtige Recht“ 20 f.
- für die Schiedsfähigkeit maßgebendes, *siehe* Schiedsfähigkeit, maßgebendes Recht
- für die Schiedsparteien maßgebendes, *siehe* Schiedsparteien, maßgebendes Recht
- Rechtsfehler 20, 192–196
- Rechtsfrage, *siehe* Rechtsfrage
- rechtliche Qualifikation
 - der Schiedsvereinbarung 95
 - des Gegenstands des Schiedsverfahrens 90 f., 96
 - des Sachverhalts des Streits 97, 196
- rechtliches Gehör 98 f., 104, 208, 268, *siehe auch* Gehörsverletzung
- Rechtsfrage 28
- Rechtsfrieden 3, 63, 65, 77, 133, 170, 176, 180, 183, 224, 251, 260 f., 264, 279–281, 285–287, 289, 292–297, 303, *siehe auch* Schiedsspruch, Verbindlichkeit
- Rechtskraft
 - des Schiedsspruchs, *siehe* Schiedsspruch, Rechtskraft
 - Gegenstand und objektive Grenzen der materiellen Rechtskraft 256, 282–284
 - *ordre public*-Verstoß, *siehe ordre public*-Verstoß, Missachtung bestehender Rechtskraft
 - zeitliche Grenzen der materiellen Rechtskraft des Schiedsspruchs 276
- régularité internationale* 19 f.
- Restitutionsgründe, *siehe* Prozessbetrug, Restitutionsgrund
- révision au fond*
 - Anwendungsbereich 8, 12 f., 32, 61, 63, 76
 - Bedeutung 8–13, 31
 - Begriffsentstehung 13–21, 31
 - Gegenstand 4
 - indirekte 2, 20, 91, 120, *siehe auch* Verbot der *révision au fond*, erforderliche Ausnahmen
 - Kontrollgegenstand 15, 21, 27–31, 191
 - *pouvoir de révision au fond* 15
 - Prinzip *non révision au fond* 7, 21, 63
 - System der *révision au fond* 15–18
- Verbot, *siehe* Verbot der *révision au fond*
- Sache 9 f., *siehe auch* Streitgegenstand
- Sachverhaltsermittlung, *siehe* Schiedsgericht, Befugnis zur Sachverhaltsermittlung; Syllogismus, Untersatz
- Schiedsfähigkeit
 - maßgebendes Recht 82
 - objektive 82, 85–91
- Schiedsgericht
 - Aufgaben 38, 62, 77, 111, 221, 257, 278, 285
 - Befugnis zur Sachverhaltsermittlung 277–279
 - Benachrichtigung der Schiedsparteien über die Bestellung der Schiedsrichter, *siehe* Gehörsverletzung
 - besondere Kenntnisse 43, 48, 111, 116, 290
 - Ermessen 115, 126–130
 - Kompetenz-Kompetenz, *siehe* Kompetenz-Kompetenz
 - Kompetenzüberschreitung, *siehe* Kompetenzüberschreitung des Schiedsgerichts
 - Konstituierung, *siehe* Verfahrensfehler, bei der Konstituierung des Schiedsgerichts
 - Parteilichkeit, *siehe ordre public*-Verstoß, Parteilichkeit des Schiedsgerichts
 - Sitz, *siehe* Schiedsort
 - Unparteilichkeit 24, 39, 45 f., 65, 98, 100, 279, 290, *siehe auch* Grundsatz der unparteilichen Prozessführung
 - willkürliche Verfahrensführung, *siehe* Verfahrensfehler, willkürliche Verfahrensführung
 - zweitinstanzliches 9, 136
- Schiedsgerichtsbarkeit
 - delokalisierte Ansicht 128
 - Effektivität 7 f., 76, 210, 215 f., 220, 285

- Gründe für die Auswahl 41, 47 f.
- internationale 32–34
- internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit 32–35
- territoriale Ansicht 128 f., *siehe auch* Territorialitätsprinzip
- Vorteile 40–48, 63, 65, 136, 183, 260, 285, 290 f.
- Schiedsort 53, 55, 65, 75, 110, 128, 130, 135, 150 f., 183, 207
- Schiedsparteien
 - Erwartungen 42, 48, 63, 65, 136, 183, 260, 281 f., 290–292
 - Gleichbehandlung 98, 101
 - maßgebendes Recht 82 f.
 - Schiedsfähigkeit, *siehe* Schiedsfähigkeit, subjektive
- Schiedsspruch
 - ausländischer 80, 150
 - Begründung, *siehe* Begründung des Schiedsspruchs
 - Endgültigkeit 38, 64, 222, 227
 - erschlichener, *siehe* Prozessbetrug
 - Gegenstand 97
 - Gleichbehandlung in- und ausländischer Schiedssprüche 132, 151
 - inländischer 150
 - Nichtveröffentlichung 41, 46 f., 291
 - *ratio decidendi*, *siehe* Begründung des Schiedsspruchs, *ratio decidendi*
 - rechtliches *nullum* 128, 130, 258
 - Rechtskraft 36, 48, 51 f., 57 f., 64, 180, 257 f., 264, 281–284, *siehe auch* Rechtskraft
 - sachliche Unanfechtbarkeit 3, 38, 222, 303, *siehe auch* Schiedsspruch, Verbindlichkeit
 - Verbindlichkeit 3, 37 f., 51–58, 60–64, 74–78, 99, 108, 120–123, 128, 130, 133–136, 170, 176, 183, 187, 191, 222, 238, 245, 248, 250–252, 263, 266, 279–282, 287, 292–294, 297, 298–300, 303, *siehe auch* Rechtsfrieden
 - Zwischenschiedsspruch 50
- Schiedsunfähigkeit
 - erforderliche Ausnahme vom Verbot der *révision au fond* 88–91
 - objektive 81, 85, 139, 159 f., 162, 190
 - subjektive 80, 83
- Ungültigkeit der Schiedsvereinbarung 81
- Schiedsvereinbarung
 - anzuwendendes Recht 80 f.
 - fehlende 79 f.
 - Inhalt 82, 88, 96, 116 f.
 - ungültige 79–83, 190
- Selbstständigkeit des Sachfehlers 29 f.
- Souveränität 14, 17, 20
- staatliche Kontrolle internationaler Handelsschiedssprüche
 - Effektivität 2 f., 8, 20, 30, 60, 77 f., 97, 120, 124, 134, 138, 164, 184–187, 189, 192 f., 198, 201, 205–207, 235, 245, 251, 253, 257, 271, 273, 290, 296 f., 299 f., *siehe auch* Verbot der *révision au fond*, erforderliche Ausnahmen
 - Erfordernis 49, 51 f., 59
 - Gegenstand 49 f.
 - Kontrollarten 52–58, 67, 298
 - Rechtsquellen 66–71, 75 f.
 - Umfang 1 f., 6 f., 61, 70 f., 75 f., 298, *siehe auch* Verbot der *révision au fond*
- Streitgegenstand 9 f., 81, 94, 283, *siehe auch* Anspruch, prozessualer; Sache
 - des Schiedsverfahrens 10, 43, 64, 71, 73, 81 f., 85–91, 94–96, 101, 150, 162, 190, 268, 283
 - zweigliedrige prozessuale Streitgegenstandstheorie 10, 81
- Streitigkeit 10, 93 f., *siehe auch* Sache
- Streitsache, *siehe* Sache
- Subsumtion 23, 26–28, 97, 168, 193–196, 250, 270, 273
- surprise decision* 279
- Syllogismus 21–28, 191, 193
 - des Schiedsspruchs 97, 168, 174 f., 193–196, 252, 269 f., 273, 286
 - Ergebnis 22, 26 f., 97, 192 f., 270
 - Obersatz 22 f., 26–28, 97, 193
 - Prämissen 22–27, 193 f., 270, 273
 - Subsumtion, *siehe* Subsumtion
 - Untersatz 23–28, 30, 97, 164, 168 f., 174 f., 193, 196, 252, 269 f., 273, 286
- Tatfrage 28
- Territorialitätsprinzip 37, 81, 130, 150 f., *siehe auch* Schiedsgerichtsbarkeit, territoriale Ansicht

- the Second Look Doctrine* 87
- the Sherman Antitrust Act of 1890* 87
- Treu und Glauben 84, 103, 108, 114, 119, 163, 166, 176, 185, 240, 300
- Überraschungsentscheidung, *siehe surprise decision*
- Überwachungsaufgabe der staatlichen Gerichte 50–52, 59 f., 76, 129, 143, 205, 249, 253, 261 f., 280, 284 f., 303
- unabhängbare prozessuale Voraussetzungen 131, 190, 267
- Urteilsfindung, *siehe Entscheidungsfindung*
- Verbot der *révision au fond* 1, 6, *siehe auch* Rechtsfrieden; Schiedsspruch, Verbindlichkeit
- Bedeutung 1, 6 f., 60–66, 76, 298 f.
 - erforderliche Ausnahmen 2 f., 77, 79, 120, 124, 201, 296–300, 304
 - Konsequenzen einer Missachtung 64 f.
 - Regelung im deutschen Recht 66, 75 f., 299
- Verfahrensfehler 272, 278
- Anwendung falschen materiellen Rechts 112, 116
 - bei der Konstituierung des Schiedsgerichts 109–111
 - erforderliche Ausnahme vom Verbot der *révision au fond* 30, 113–120
 - fehlende oder widersinnige Begründung des Schiedsspruchs, *siehe ordre public-Verstoß*, fehlende oder widersinnige Begründung des Schiedsspruchs
- Gehörsverletzung, *siehe* Gehörsverletzung
 - Kausalität 29 f., 109, 114–121, 198, 268 f.
 - Präklusion 92, 114 f., 119 f., 163
 - Sachverhaltsermittlung von Amts wegen, *siehe* Schiedsgericht, Befugnis zur Sachverhaltsermittlung
 - willkürliche Verfahrensführung 60, 212, 271
- Verhandlungsmaxime 24 f., 265, 277, *siehe auch* Schiedsgericht, Befugnis zur Sachverhaltsermittlung
- Vollstreckbarerklärung, *siehe* Anerkennung und Vollstreckbarerklärung, internationaler Handelsschiedssprüche
- Vollstreckungsabwehrklage 276
- Wettbewerbsrecht 65, 87, 140, 189, 211, 233, 236 f., 248, 266, 293
- Kartellrecht 87, 140, 265, *siehe auch The Sherman Antitrust Act of 1890*
 - *ordre public-Verstoß*, *siehe ordre public-Verstoß*, Verletzung des Wettbewerbsrechts
 - Schiedsfähigkeit wettbewerbsrechtlicher Streitigkeiten, *siehe* Schiedsfähigkeit, objektive
 - *the Second Look Doctrine*, *siehe the Second Look Doctrine*
- Zurückverweisung des Schiedsspruchs an das Schiedsgericht 190 f.